

Antrag - Nr. StVV - AT 5/2026 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.03.2026		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Einführung der gelben Solidaritätsschleife als Zeichen der Verbundenheit mit der Bundeswehr an Ortseingangsschildern der Stadt Bremerhaven (SPD, CDU, FDP)

Nicht erst seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor vier Jahren leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und engagiert sich auch international für Frieden und Stabilität. Unsere freie Gesellschaft kann sich nur auf einem Fundament aus Sicherheit gründen, welches unsere Soldatinnen und Soldaten jeden Tag durch ihren Dienst sicherstellen. Die Solidaritätsschleife ist ein sichtbares Zeichen der Anerkennung und Verbundenheit für die Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familien. Durch die Darstellung der Solidaritätsschleife an öffentlichen Orten wird das Bewusstsein für die Leistungen der Bundeswehr in der Gesellschaft gestärkt und fördert den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Militär.

Des Weiteren hat Bremerhaven eine lange Tradition in der maritimen und militärischen Geschichte. Jüngst wurde diese tiefe Verbundenheit von Bundeswehr und Stadt durch die Debatte hinsichtlich eines Ausbaus zum NATO-Militärhafen deutlich. Die Einführung der Solidaritätsschleife soll dazu beitragen, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und den Soldatinnen und Soldaten zu stärken, die seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Stadtgesellschaft leisten. Gerade in Zeiten von Krisen und Unsicherheiten ist es wichtig, ein positives und solidarisches Zeichen zu senden. Die Solidaritätsschleife soll dabei nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für Zusammenhalt und Unterstützung der Stadtgesellschaft aller Blaulicht- und Sicherheitsorganisationen stehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, an den Ortseingangsschildern die gelbe Solidaritätsschleife deutlich sichtbar anzubringen.
2. Die Maßnahme soll innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen sein.

Sönke Allers
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
CDU-Fraktion

Bernd Freemann
FDP-Fraktion